Zahl: Ü B1A/09/2014.001/002
13.01.2014

Eisenstadt, am

XXX, XXX
Administrativsache

Das Landesverwaltungsgericht Burgenland hat durch seinen Richter XXX über die Beschwerde 1. des Herrn XXX, wohnhaft in XXX, XXX und 2. des Herrn XXX, wohnhaft in XXX, beide vertreten durch XXX, gegen den Bescheid des Gemeinderates der Gemeinde XXX, vom 05.11.2013, Zahl: 176/2013, mit dem eine Genehmigung nach dem Bgld. BauG erteilt wurde, den

B E S C H L U S S

gefasst:

I. Gemäß § 28 Abs. 1 bis 3 VwGVG wird der Bescheid aufgehoben und die Angelegenheit gemäß § 28 Abs. 3 2. Satz zur Erlassung eines neuen Bescheides an die Behörde zurückverwiesen.

II. Gegen diesen Beschluss ist gemäß § 25a VwGG eine ordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof nach Art. 133 Abs. 4 B-VG unzulässig.

Entscheidungsgründe

Der Gemeinderat von XXX gab mit Bescheid gemäß § 66 Abs. 4 AVG vom 5.11.2013, Zahl: 176/2013, der Berufung der nunmehrigen Beschwerdeführer gegen den Bescheid des Bürgermeisters von XXX als Baubehörde erster Instanz vom 19.3.2012, Zahl: 30/2-2012, berichtigt mit Bescheid vom 21.3.2012, Zahl: 30/2-1-2012, nicht statt und bestätigte den zitierten Bescheid.

Gemäß § 5 Abs. 1 Bgld. Baugesetz 1997, LGBl. Nr. 10/1998, legte der Gemeinderat im Spruch dieses Bescheides fest, dass das Objekt XXX in geschlossener Bebauungsweise auszuführen ist. Der vorhandene Baubestand weist bereits eine geschlossene Bauweise auf. Das Bauvorhaben entspreche laut OIB-Richtlinie 2 der Gebäudeklasse 4. Die Firsthöhe betrage 10,87 m über Gehsteigniveau.

Gegen diesen Bescheid brachten die Beschwerdeführer Beschwerde (aufgrund der bis zum 31.12.2013 geltenden Rechtslage noch als Vorstellung nach der Bgld. Gemeindeordnung bezeichnet) ein.

Mit 1.1.2014 ist die Zuständigkeit für die Erledigung dieses Verfahrens auf das Landesverwaltungsgericht Burgenland übergegangen.

Dem Genehmigungsverfahren liegt ein Antrag auf Erteilung einer baubehördlichen Genehmigung nach § 18 Bgld. Baugesetz zugrunde. Vom Bürgermeister wurde als Behörde erster Instanz eine Bauverhandlung anberaumt und durchgeführt.

Verletzung subjektiv-öffentlicher Rechte durch Änderung der Belichtungsverhältnisse:

Die in diesem Verfahren relevanten Bestimmungen des Bgld. Baugesetzes 1997 idGF. lauten:

§ 3:
„Zulässigkeit von Bauvorhaben
(Baupolizeiliche Interessen)

Bauvorhaben sind nur auf für die Bebauung geeigneten Grundstücken zulässig, wenn sie

1. dem Flächenwidmungsplan, dem Bebauungsplan/Teilbebauungsplan oder den Bebauungsrichtlinien nicht widersprechen,
2. den Bestimmungen dieses Gesetzes und den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen entsprechen,
3. nach Maßgabe des Verwendungszwecks dem Stand der Technik, insbesondere bezüglich
  - a) Mechanische Festigkeit und Standsicherheit,
  - b) Brandschutz,
  - c) Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz,
  - d) Nutzungssicherheit und Barrierefreiheit,
  - e) Schallschutz,
  - f) Energieeinsparung und Wärmeschutz entsprechen.
4. das Orts- oder Landschaftsbild nicht wesentlich beeinträchtigen,
5. durch ihre bestimmungsgemäße Benützung eine Gefährdung oder das ortsübliche Ausmaß übersteigende Beeinträchtigungen der Nachbarn nicht erwarten lassen sowie
6. verkehrsmäßig erschlossen sind und ihre Ver- und Entsorgung gewährleistet ist.“

§ 5:

„Bebauungsweisen und Abstände

(1) Sofern Bebauungspläne/Teilbebauungspläne oder Bebauungsrichtlinien nicht vorliegen, hat die Baubehörde unter Berücksichtigung des Baubestandes und des Ortsbildes für ein Baugrundstück eine der folgenden Bebauungsweisen zuzulassen:

1. geschlossene Bebauung, wenn die Hauptgebäude in geschlossener Straßenfront beidseitig an die seitlichen Grundstücksgrenzen anzubauen sind,
2. halboffene Bebauung, wenn die Hauptgebäude an einer seitlichen Grundstücksgrenze anzubauen sind und gegen die andere seitliche Grundstücksgrenze ein Abstand von mindestens 3 m einzuhalten ist,
3. offene Bebauung, wenn gegen beide seitlichen Grundstücksgrenzen ein Abstand von mindestens 3 m einzuhalten ist.

Für die offene Bebauungsweise ist eine Grundstücksbreite von mindestens 15 m erforderlich.

(2) Bei allen Bebauungsweisen ist vom Hauptgebäude gegen die hintere Grundstücksgrenze ein Mindestabstand von 3 m einzuhalten. In der seitlichen und hinteren Abstandsfläche sind Nebengebäude und andere untergeordnete Bauten bis zu einer Außenwandhöhe von 3 m, bezogen auf das vergleichene Gelände, und mit einer Dachneigung von höchstens 45° zulässig, sofern die maßgeblichen baupolizeilichen Interessen nicht verletzt werden.

(3) Die Baubehörde kann in Ausnahmefällen unter besonderer Berücksichtigung des Anrainerschutzes, der Baugestaltung und der örtlichen Gegebenheiten abweichend von den Bestimmungen der Abs. 1 und 2 die Abstände von Bauten zu den Grundstücksgrenzen durch die Festlegung von vorderen, seitlichen und hinteren Baulinien bestimmen, die auch als zwingende Baulinien festgelegt werden können. Baulinien sind die Grenzlinien, innerhalb derer Bauten errichtet werden dürfen; zwingende Baulinien sind jene Grenzlinien, an die anzubauen ist.“

§ 21:

„Parteien

(1) Parteien im Bauverfahren sind

1. der Bauwerber,
2. der Grundeigentümer bzw. die Miteigentümer, wenn der Bauwerber nicht Alleineigentümer ist,
3. die Eigentümer jener Grundstücke, die von den Fronten des Baues weniger als 15 m entfernt sind (Nachbarn),
4. die Burgenländische Landesumweltanwaltschaft im Sinne des § 3 des Gesetzes über die Burgenländische Landesumweltanwaltschaft, LGBl. Nr. 78/2002, in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Ein Nachbar kann gegen die Erteilung der Baubewilligung mit der Begründung Einwendungen erheben, dass er durch das Vorhaben in seinen Rechten verletzt wird.

(3) Ist das Recht, dessen Verletzung behauptet wird, im Privatrecht begründet (privatrechtliche Einwendung), so hat die Baubehörde einen gütlichen Ausgleich zu versuchen. Kommt eine Einigung zustande, ist sie in der Verhandlungsschrift festzuhalten und im Bescheid darauf hinzuweisen; kommt keine Einigung zustande, sind die streitenden Parteien hinsichtlich dieser Einwendung auf den Rechtsweg zu verweisen. Dies ist unter Anführung der Einwendung in der Verhandlungsschrift und im Bescheid ausdrücklich anzuführen.

(4) Wird die Verletzung von Vorschriften dieses Gesetzes oder von sonstigen bau- und raumplanungsrechtlichen Vorschriften (zB Bauverordnung, Flächenwidmungsplan, Bebauungsplan, Bebauungsrichtlinien) behauptet, die nicht nur dem öffentlichen Interesse, sondern auch dem Interesse des Nachbarn dienen (öffentlichrechtliche Einwendung), hat die Baubehörde hierüber im Bescheid zu erkennen und gegebenenfalls die Baubewilligung zu versagen oder die Einwendung als unbegründet abzuweisen und die Baubewilligung zu erteilen.

(5) Andere Einwendungen sind als unzulässig zurückzuweisen.

(6) Im Bauverfahren übergangene Parteien können ihre Rechte bis spätestens zwei Wochen nach Baubeginn bei der Baubehörde geltend machen.“

§ 9 Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz lautet:

„(1) Die Beschwerde hat zu enthalten:

1. die Bezeichnung des angefochtenen Bescheides, der angefochtenen Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt oder der angefochtenen Weisung,
2. die Bezeichnung der belangten Behörde,
3. die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt,
4. das Begehren und
5. die Angaben, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht ist.“

Es bestehen für das gegenständliche Grundstück weder Bebauungspläne noch Bebauungsrichtlinien.

Nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ist das Mitspracherecht des Nachbarn im Baubewilligungsverfahren in zweifacher Weise beschränkt: Es besteht einerseits nur insoweit, als dem Nachbarn nach den in Betracht kommenden baurechtlichen Vorschriften subjektiv-öffentliche Rechte zukommen, und andererseits nur in jenem Umfang, in dem der Nachbar solche Rechte im Verfahren durch die rechtzeitige Erhebung entsprechender Einwendungen wirksam geltend gemacht hat. Das gilt auch für den Nachbar, der im Sinne des § 42 AVG in der Fassung BGBl. I Nr. 158/1998 seine Parteistellung behalten hat (VwGH 18. März 2004, Zl. 2002/05/1004).

Gemäß § 21 Abs. 1 Z. 3 Bgld. BauG sind unter anderem Parteien im Bauverfahren die Eigentümer jener Grundstücke, die von den Fronten des Baus weniger als 15 m entfernt sind (Nachbar). Gemäß Abs. 2 dieses Paragraphen kann ein Nachbar gegen die Erteilung der Baubewilligung mit der Begründung Einwendungen erheben, dass er durch das Vorhaben in seinen Rechten verletzt wird.

Wird die Verletzung von Vorschriften dieses Gesetzes oder von sonstigen bau- und raumplanungsrechtlichen Vorschriften (z. B. Bauverordnung, Flächenwidmungsplan, Bebauungsplan, Bebauungsrichtlinien) behauptet, die nicht nur dem öffentlichen Interesse, sondern auch dem Interesse des Nachbarn dienen (öffentlich-rechtliche Einwendung), hat die Baubehörde hierüber

im Bescheid zu erkennen und gegebenenfalls die Baubewilligung zu versagen oder die Einwendung als unbegründet abzuweisen und die Baubewilligung zu erteilen (§ 21 Abs. 4 Bgld BauG).

Der Verwaltungsgerichtshof vertritt die Auffassung, dass dem Nachbarn im Zusammenhang mit der Gebäudehöhe grundsätzlich kein subjektiv-öffentliches Recht auf die Wahrung des Ortsbildes zukommt. Der Nachbar kann als subjektiv-öffentliches Recht im Zusammenhang mit der Gebäudehöhe (nur) geltend machen, dass der auf seiner Liegenschaft vorhandene Baubestand in der gesetzlich erforderlichen Belichtung oder Belüftung nicht beeinträchtigt wird und dass eine sachgemäße widmungskonforme Bebauung seines Grundstückes im Hinblick auf die dafür notwendige Belichtung und Belüftung angesichts der Gebäudehöhe des verfahrensgegenständlichen Objektes möglich bleibt. Regelungen über die Gebäudehöhe dienen jedenfalls auch dem Interesse des Nachbarn im Sinne des § 21 Abs. 4 BauG. Die Rechtsnormen, die die Einhaltung einer bestimmten Gebäudehöhe zum Gegenstand haben, dienen vor allem auch einer ausreichenden Belichtung und Belüftung (vgl. VwGH 27.4.1999, Zl. 98/05/0246).

Dem Bescheid des Gemeinderates ist dazu Folgendes zu entnehmen:

„Im gegenüberliegenden Bereich der XXX (auf den Grundstücken Nr. XXX und XXX) ist derzeit kein Wohngebäude mit Aufenthaltsräumen vorhanden. Es handelt sich um einen Hintausbereich (der hintere Teil der betreffenden durchgehenden Grundstücke der XXX) mit vereinzelt Nebengebäuden. Aus diesem Grund ist gemäß vorliegendem Bestand hier keine Beeinträchtigung in Bezug auf Belichtung (OIB-Richtlinie 3) gegeben.

Inwieweit im betreffenden Bereich (gegenüber dem geplanten Vorhaben) zukünftig eine Wohnbebauung stattfindet bzw. stattfinden soll ist nicht geklärt. Es kann jedoch aus heutiger Sicht davon ausgegangen werden, dass die zukünftige Bebauung im Bereich Grst. Nr. XXX von der hinteren Grundstücksgrenze abzurücken ist, um eine geeignete Straßenbreite/Straßenraum zu erzielen. Dies entspricht auch dem Bestand: Auf dem Grst. Nr. XXX befindet sich bereits derzeit eine von der hinteren Grundstücksgrenze abgerückte Mauer. Dadurch ist bereits derzeit ein Straßenraum von ca. 9 m gegeben (gegliedert in ca. 6,75 m öffentliches Gut und ca. 2,25 m Privat). Im Bereich dieser Mauer ist (im Falle der Wohnbebauung) jedenfalls der notwendige Lichteinfall gemäß OIB Richtlinie 3 gegeben. (Diese Ausführungen werden durch eine Skizze ergänzt.). (Ergänzend wird noch auf die Möglichkeit hingewiesen, hier - im Bereich der bestehenden Mauer - zunächst ein Nebengebäude, z. B. Garage, und daran westlich angrenzend ein Wohngebäude an-

zuordnen und/oder die zukünftigen Fensteröffnungen/Aufenthaltsräume hofseitig, Richtung Südwesten oder Süden, zu orientieren).

Die bestehende Lage der Mauer gibt somit die logische zukünftige Straßenfluchtlinie vor. Daran wird sich auch die zukünftige Bebauung, insbesondere die Wohnbebauung, auf den Grundstücken Nr. XXX und XXX orientieren. Die in der gutachterlichen Stellungnahme XXX angenommene Distanz von 6,75 m ist somit nicht richtig. Richtig wäre in Anlehnung an die bestehende Mauer und an eine geeignete Straßenbreite eine Distanz von 9 m. Daraus resultiert ein ausreichender Abstand in Bezug auf den Lichteinfall (OIB-Richtlinie 3).“

Aufgrund dieser Feststellungen gelangt der Gemeinderat zu dem Schluss, dass Einschränkungen des Lichteinfalls auf die Nachbargrundstücke, insbesondere auf die Hoffläche des Grst. Nr. XXX auszuschließen seien, da im Anschluss an das Vorhaben (nordöstliche Front der XXX) die geschlossene Bebauung vorhanden ist und gemäß OIB-Richtlinie 3 Höhenüberschreitungen in einem Verschwenkungsbereich von 30 Grad zulässig seien.

In der Beschwerde wird dazu vorgebracht, die Behörde nehme unzulässiger Weise die zukünftige Bebauung des Grundstückes vorweg und schränke die Beschwerdeführer damit ein. Es bleibe unerfindlich, warum sich eine künftige Bebauung an der derzeit bestehenden Mauer und nicht an der Grundstücksgrenze orientieren solle. Die im Gutachten XXX angenommene Distanz von 6,75 m sei zutreffend, unter diesen Voraussetzungen ein ausreichender Lichteinfall jedoch nicht gegeben. Es sei nicht nachvollziehbar, warum die Beschwerdeführer verpflichtet sein sollten, anders als andere Bauwerber in der XXX von der Grundgrenze abzurücken. Auch eine Verschwenkung des Lichteinfalls um 30 Grad bringe keine Verbesserung für die Belichtung der Fenster bei einer zukünftigen Verbauung.

Schon in der Bauverhandlung am 23.2.2012 wurde von den Beschwerdeführern eingewandt, dass die Bauhöhe unzulässiger Weise überschritten und die Belichtungssituation auf den Nachbargrundstücken beeinträchtigt werde. Die Beschwerdeführer haben damit rechtzeitig bei der Bauverhandlung Einwendungen hinsichtlich der Gebäudehöhe erhoben.

Die Einwendungen der Beschwerdeführer sind insoweit berechtigt, als sie auf die Beeinträchtigung des in ihrem Eigentum stehenden Nachbargrundstücks durch die Höhe des zu errichtenden Gebäudes Bezug nehmen. Den Be-

schwerdeführern ist Recht zu geben, wenn vorgebracht wird, der Gemeinderat würde ohne sachliche Rechtfertigung die zukünftige Bebauung des Nachbargrundstücks vorweg nehmen. Es ist tatsächlich nicht nachvollziehbar, warum auf dem Nachbargrundstück kein Gebäude an der Grundgrenze errichtet werden sollte. Die zitierte höchstgerichtliche Judikatur stellt auf eine sachgemäße und widmungskonforme Bebauung eines Grundstückes ab. Den Beschwerdeführern ist auch dahingehend zu folgen, dass in der XXX die geschlossene Bebauungsweise an der Grundgrenze üblich ist.

Die Behörde hat daher im fortgesetzten Verfahren neuerlich ein Gutachten eines Sachverständigen einzuholen und aufgrund dieses Gutachtens zu beurteilen, ob eine sachgemäße widmungskonforme Bebauung des Nachbargrundstückes im Hinblick auf die dafür notwendige Belichtung und Belüftung angesichts der Gebäudehöhe des verfahrensgegenständlichen Objektes möglich bleibt.

Ein Eingehen auf die grundsätzliche Vereinbarkeit des Bauvorhabens auf das Ortsbild erübrigt sich, da wie dargestellt diesbezüglich keine subjektiv-öffentlichen Rechte der Nachbarn bestehen.

Dachgeschossausbau oder Errichtung eines Vollgeschosses:

Die dem Grundstück der Beschwerdeführer zugewandte ist die an der XXX liegende Gebäudefront des Bauvorhabens. An dieser Front soll, soweit die Front betroffen ist, das bestehende Dach angehoben und eine Mauer mit Fenstern eingefügt werden.

Die Rechtsnormen, die die Einhaltung einer bestimmten Gebäudehöhe zum Gegenstand haben, dienen vor allem einer ausreichenden Belichtung und Belüftung (vgl. VwGH 17.9.1996, Zl. 94/05/0164). Die baurechtlichen Vorschriften über die Einhaltung bestimmter Gebäudehöhen (Bauhöhen) wurden deshalb in ständiger Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes als solche angesehen, die nicht nur dem öffentlichen Interesse, sondern auch dem Interesse des Anrainers (Nachbarn) dienen. Dieses Recht auf Einhaltung einer bestimmten Gebäudehöhe wurde jedoch dahingehend einschränkend ausgelegt, dass der Nachbar nur eine Verletzung der Vorschriften über die Gebäudehöhe hinsichtlich der ihm zugewandten Gebäudefront durchsetzen kann und sich auch nicht auf eine von der Gebäudehöhe unabhängige Beschränkung der Geschoße berufen kann (vgl. Hauer, Der Nachbar im Bau-recht, 5. Auflage, Seite 244 ff, wiedergegebene hg. Rechtsprechung). Entscheidend ist daher alleine die Gebäudehöhe, unabhängig davon, ob es sich

bei der Erhöhung um einen Dachausbau oder um ein weiteres Geschoss handelt.

Verletzung des Parteiengehörs:

Die grundsätzlichen Ausführungen zum Ortsbild im Bescheid des Gemeinderats, die auch auf die Karte von XXX aus dem Jahr 1873 und eine Auskunft des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten Bezug nehmen, stehen nicht in Zusammenhang mit der Parteistellung der Beschwerdeführer. Das Recht auf Gehör ist ein Parteienrecht (§ 27 und § 8 AVG), es beschränkt sich daher auf jene tatsächlichen Feststellungen, die im Rahmen des Beweisverfahrens getroffen wurden, die im Zusammenhang mit subjektiv-öffentlichen Rechten der Beschwerdeführer, soweit sie rechtzeitig geltend gemacht wurden, stehen. Nachbarn können Verfahrensmängel grundsätzlich nur insoweit geltend machen, als sie dadurch in der Verfolgung ihrer subjektiv-öffentlichen Rechte beeinträchtigt werden.

Hinsichtlich der Belichtungsverhältnisse kann die Frage des Parteiengehörs dahingestellt bleiben, da wie oben ausgeführt der Gemeinderat ohnehin einen falschen Sachverhalt zugrunde legte und im fortgesetzten Verfahren neuerlich Parteiengehör hinsichtlich der Beweisergebnisse zu gewähren sein wird.

Bestellung der XXX als Sachverständiger:

In der Beschwerde wird die Bestellung der XXX als nichtamtlicher Sachverständiger (Bescheid des Bürgermeisters von XXX vom 30.10.2013) sowie deren Beeidigung und Angelobung am 4.11.2013 gerügt.

Als Sachverständige im Sinne des § 52 AVG kommen nur Menschen und nicht etwa juristische Personen oder (im Fall von Amtssachverständigen die dahinter stehenden) Behörden in Betracht (VwGH 15.05.2012, 2009/05/0235, vgl. Hengstschläger/Leeb, AVG (2005), § 52 AVG Rz 18, 19 mwH auf die Judikatur).

Das Gutachten wurde allerdings offensichtlich von einer Einzelperson, Herrn DI XXX, erstellt, sodass dieser als nichtamtlicher Sachverständiger zu bestellen gewesen wäre.

Zurückverweisung an die Behörde zur Erlassung eines neuen Bescheides.

§ 28 Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz lautet:

„(1) Sofern die Beschwerde nicht zurückzuweisen oder das Verfahren einzustellen ist, hat das Verwaltungsgericht die Rechtssache durch Erkenntnis zu erledigen.

(2) Über Beschwerden gemäß Art. 130 Abs. 1 Z. 1 B-VG hat das Verwaltungsgericht dann in der Sache selbst zu entscheiden, wenn

1. der maßgebliche Sachverhalt feststeht oder
2. die Feststellung des maßgeblichen Sachverhalts durch das Verwaltungsgericht selbst im Interesse der Raschheit gelegen oder mit einer erheblichen Kostenersparnis verbunden ist.

(3) Liegen die Voraussetzungen des Abs. 2 nicht vor, hat das Verwaltungsgericht im Verfahren über Beschwerden gemäß Art. 130 Abs. 1 Z. 1 B-VG in der Sache selbst zu entscheiden, wenn die Behörde dem nicht bei der Vorlage der Beschwerde unter Bedachtnahme auf die wesentliche Vereinfachung oder Beschleunigung des Verfahrens widerspricht.“

Hat die Behörde notwendige Ermittlungen des Sachverhalts unterlassen, so kann das Verwaltungsgericht den angefochtenen Bescheid mit Beschluss aufheben und die Angelegenheit zur Erlassung eines neuen Bescheides an die Behörde zurückverweisen. Die Behörde ist hiebei an die rechtliche Beurteilung gebunden, von welcher das Verwaltungsgericht bei seinem Beschluss ausgegangen ist.

Die Behörde hat den maßgeblichen Sachverhalt im Hinblick auf die behauptete Rechtsverletzung der Beschwerdeführer, die Beeinträchtigung der Belichtungsverhältnisse auf dem in deren Eigentum stehenden Grundstück, nicht festgestellt.

Die Feststellung des maßgeblichen Sachverhalts durch das Verwaltungsgericht selbst ist im gegenständlichen Verfahren nicht im Interesse der Raschheit gelegen oder mit einer erheblichen Kostenersparnis verbunden.

Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist unzulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Art. 133 Abs. 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Weder weicht die gegenständliche Entscheidung von der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ab, noch fehlt es an einer Rechtsprechung. Weiters ist die dazu vorliegende Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Ebenfalls liegen keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen diesen Beschluss besteht die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof und/oder einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof. Die Beschwerde bzw. Revision ist innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung des Beschlusses durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. einer bevollmächtigten Rechtsanwältin abzufassen und einzubringen. Für die Beschwerde bzw. Revision ist eine Eingabegebühr von je 240.- Euro zu entrichten.

Ergeht an:

- 1) XXX, per Telefax: XXX,
- 2) XXX,
- 3) Gemeinde XXX, unter Rückschluss des Bezugsaktes

XXX

Dieses Dokument ist amtssigniert. Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter <http://www.signaturpruefung.gv.at>
Die Echtheit eines Ausdruckes kann durch Vorlage beim LVwG Burgenland verifiziert werden. Das Logo des Landesverwaltungsgerichts ist die Bildmarke.